

Dorothea Schmidt

Die deutsche Rüstungsexportpolitik Wer Waffen liefert, heizt Kriege an und treibt Menschen in die Flucht

Im September 2015 hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor der UNO eine Rede, in der sie das Problem der wachsenden Zahl von Flüchtlingen in Europa ansprach: „Millionen von Menschen sehen sich heute aufgrund von Krieg, Terror und Gewalt zur Flucht gezwungen ... Hinzu kommen mangelnde Zukunftsperspektiven und die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.“ Und sie fügte hinzu, dass es „letztlich nur eine Lösung“ gebe: „Wir müssen den Ursachen für Flucht und Vertreibung entgegenwirken.“ (Welt Online 2015) Dem wäre im Prinzip nicht zu widersprechen, doch fiel die Konsequenz, die damals von der deutschen Kanzlerin aus dieser Einsicht gezogen wurde, recht dürftig aus. Im Kontext des UNO-Nachhaltigkeitsgipfels versprach sie, die Bundesrepublik werde in Zukunft ihren Etat für Entwicklungshilfe „substanziell“ erhöhen, sodass dieser – wie bereits vor Jahren versprochen – auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ansteigen würde (Welt Online 2015). Seit langer Zeit wird allerdings grundsätzlich bezweifelt, ob derartige Zahlungen überhaupt den damit bedachten Ländern bzw. ihren Bevölkerungen zugutekommen oder in den meisten Fällen nicht eher der Exportförderung des Geberlandes dienen und im Übrigen vielfach bei einheimischen Eliten versickern. Zudem blendet der westliche Blick auf die desolate Lage der Flüchtländer aus, wie häufig diese durch militärische Interventionen, durch die politische Unterstützung repressiver Regime und durch die Handels- und Investitionspolitik des Westens selbst mitverursacht wurde. Im Folgenden soll eine besonders verhängnisvolle Art von Exportgütern näher betrachtet werden: Waffen, die teils verkauft, teils aus Bundeswehrbeständen verschenkt werden. Ebendies war ein Jahr vor Angela Merkels Rede der Fall, als die kurdischen Peschmerga im Irak mit deutschen Waffenlieferungen bedacht wurden, die Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) mittlerweile als besonders sinnvolle Maßnahme erscheinen, um Menschen die Flucht zu ersparen oder sie zur Heimreise zu veranlassen. Seither seien mehr als 3.000 irakische Flüchtlinge zurückgekehrt, um sich, wie er zu wissen meint, am Wiederaufbau ihrer Heimat zu beteiligen, da der sogenannte Islamische Staat im

Irak und in Syrien (ISIS) an Einfluss verloren habe. Daraus zog er den Schluss: „Es war also absolut richtig, die Peschmerga zu bewaffnen und auszubilden. Hier zeigt sich, wie man Fluchtursachen effektiv bekämpfen kann.“ (Zeit Online 2016) Diesem allenfalls auf den ersten Blick schlüssigen Argument soll hier genauer nachgegangen und allgemein gefragt werden, wie sich Waffenlieferungen in die drei Länder, aus denen derzeit die größte Zahl von Flüchtlingen kommen, entwickelt haben. Inwiefern sind es nicht allein, aber in großem Maß eben auch westliche Rüstungsexporte, die zur Eskalation der Kriegsgewalt beitrugen und somit Hunderttausende in die Flucht getrieben haben? Es geht dabei nicht nur um aktuelle Transfers, sondern ebenso um die Vorgeschichte der kriegerischen Konflikte, wie der Waffenströme aus allen möglichen Richtungen, da viele der heutzutage eingesetzten Waffen eine lange Lebensdauer aufweisen und in die Hände verschiedenster Kriegsparteien gelangen konnten und können.

Nach den Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren die drei „zugangstärksten“ Herkunftsländer von Flüchtlingen, die in Deutschland einen Erstantrag auf Asyl stellten, im Dezember 2015 ebenso wie im Januar 2016 Syrien (54% der Anträge), gefolgt von Irak (13%) und Afghanistan (10%). Auch in früheren Monaten waren besonders viele Menschen aus diesen Ländern auf der Flucht, bis dahin kamen jedoch ebenfalls viele aus Albanien und dem Kosovo (BAMF 2016). Seitdem die Balkanstaaten von der deutschen Regierung als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft werden, haben sich die Aufnahmekancen dieser Flüchtlinge drastisch reduziert und die Politik der Anerkennung von Asyl hat sich immer mehr auf diejenigen beschränkt, die derzeit als „Kriegsflüchtlinge“ gelten. Wenn Menschen Albanien und den Kosovo verlassen, ist dies allerdings häufig eine Spätfolge der politischen und wirtschaftlichen Zerrüttungen im Zuge des Jugoslawienkrieges. Aber diese Umstände, an deren Entstehen auch die NATO-Staaten durch ihre militärische Intervention maßgeblich beteiligt waren, werden bis heute offiziell negiert, und die Menschen, die den dortigen verheerenden Verhältnissen zu entkommen suchen, abschätzt als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet. Ihr wechselvolles Schicksal würde eine eigene Untersuchung verdienen. Demgegenüber möchte ich mich im Folgenden auf die Entwicklungen im Irak, in Afghanistan und Syrien konzentrieren. Dorthin wurden und werden Waffen aus den unterschiedlichsten Ländern geliefert, wobei westliche wie östliche Regierungen dies teils zugelassen, teils aktiv gefördert haben. Dabei soll die Exportpolitik der Bundesrepublik, die hier eine bedeutende Rolle spielt und die derzeit auch das Wunschziel der meisten Flüchtlinge ist, im Mittelpunkt stehen.

Die Regulierung von Rüstungsexporten

Eigentlich sollte man in heutigen Kriegsgebieten weder deutsche noch französische oder überhaupt Waffen aus europäischen Ländern antreffen, besagen doch die Gesetze in vielen von ihnen, dass Rüstungsexporte in Krisengebiete zu untersagen sind. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik. In den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sah es zunächst so aus, als würde sie sich zu einem Land ohne Rüstungsproduktion und ohne Rüstungsexporte entwickeln, da sich die Alliierten bei der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 auf *Politische Grundsätze* einigten, die dem „deutschen Militarismus und Nazismus“ endgültig den Garaus machen sollten, unter anderem dadurch, dass die industrielle Produktion von Rüstung verboten wurde (Wette 2008: 216f.). Bundesdeutsche PolitikerInnen äußerten sich damals ebenfalls in diesem Sinn, so etwa der Sozialdemokrat Carlo Schmid, der 1948 im Parlamentarischen Rat erklärte, dass „in Deutschland keine Kanonen mehr gebaut werden sollen, nicht nur für uns, sondern auch für andere nicht.“ (zit. nach Der Spiegel 1989: 32) Nach der durch Konrad Adenauer (CDU) im Windschatten des Kalten Krieges durchgesetzten Wiederaufrüstung der Bundesrepublik dauerte es nur geraume Zeit, bis dieses Ziel aufgegeben wurde. Seit 1961 wurden als rechtlicher Rahmen von Rüstungsexporten zwei Gesetze verabschiedet: das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), das den Export von Kriegswaffen und ihrer Komponenten verbietet, sofern er nicht ausdrücklich genehmigt wird, und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), das den Export von Rüstungsgütern und *dual-use*-Produkten, also von Handlungsgütern mit doppeltem Verwendungszweck, prinzipiell erlaubt, sofern er nicht ausdrücklich verboten wird. Nach dem Grundgesetz (Art. 26, Abs. 2) hat die Bundesregierung solche Exporte zu kontrollieren. Nach dem KWKG müssen sie dann untersagt werden, wenn „die Gefahr besteht“, dass die gelieferten Waffen „bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg“ verwendet würden (KWKG, § 6). Dabei wurde dem Wirtschaftsministerium, also dem Ministerium, das per definitionem Wirtschaftsinteressen zu fördern hat, bei Einzelfallentscheidungen ein weiter Handlungsspielraum eingeräumt. Den Exporteuren wiederum wurde aufgegeben, ein „Kriegswaffenbuch“ zu führen, also den Verbleib der gelieferten Waffen zu überprüfen und zu protokollieren. Im Jahr 2000 beschloss auch die rot-grüne Regierung *Politische Grundsätze*, die zu einer Präzisierung der bisherigen eher vagen Formulierungen führen sollten und seither als Leitlinie gelten: „Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht.“ (Politische Grundsätze 2000) Darüber hinaus heißt es: „Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den

Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter besonderes Gewicht beigemessen.“ (Ebd.) Nach ihrer eigenen Einschätzung haben bisher sämtliche Bundesregierungen, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, eine „zurückhaltende Rüstungsexportpolitik“ verfolgt (vgl. etwa Bundesregierung 2013).

In der Praxis war (und ist) für die Umsetzung des Außenwirtschaftsgesetzes das in Eschborn ansässige Bundesamt für Wirtschaft zuständig, das bereits in den 1980er Jahren von Bonner Ministerialen als „Tränenbehörde“ charakterisiert wurde, was den SPD-Abgeordneten Norbert Gansel damals zu der Aussage veranlasste, das Gesetz sei wohl „löchrig wie ein Schweizer Käse“ (zit. in *Der Spiegel* 1989: 32f.). Im Übrigen führte die Doppelung der Gesetze in den letzten Jahrzehnten nach Ansicht von FriedensforscherInnen insgesamt zu einer extrem undurchsichtigen und oftmals willkürlichen Exportpraxis, und zwar durch ein „von außen nur schwer durchschaubares Dickicht aus ‘Gewohnheitsrechten’, Umgehungsoptionen, Präzedenz- und Vergleichsfällen sowie Ausnahmeregelungen.“ (Nassauer/Steinmetz 2005: 25) Somit folgten die genehmigten oder auch über Umwege praktizierten Rüstungsexporte letztlich doch häufig der Logik, die Franz-Josef Strauß (CSU) 1978 in aller Offenheit in einem Spiegel-Interview verkündete, als er auf das Prinzip angesprochen wurde, die Bundesrepublik dürfe Waffenlieferungen in Spannungsgebiete nicht zulassen. Dies sei „eine der oberflächlichen Kitschformeln, die nicht dadurch besser wird, daß sie schon von CDU/CSU-Regierungen vorfabriziert wurde. Ich verstehe überhaupt nicht, was Waffen in Nicht-Spannungsgebieten verloren haben.“ (*Der Spiegel* 1978a: 81f.) Der Begriff Spannungsgebiete wurde in der Folge immer wieder beliebig ausgelegt, ebenso wie die Frage der Respektierung von Menschenrechten offen gelassen. Zudem verzichtete bisher noch jede Regierung auf die Kontrolle von Lizenzproduktionen und tolerierte es immer wieder stillschweigend, wenn EU-Embargos umgangen wurden.

Bereits in den 1970er Jahren wurde die Bundesrepublik weltweit zum fünfgrößten Exportland für Rüstungsgüter, und inzwischen ist sie in den internationalen Rankings weiter aufgestiegen. Trotz aller wohlklingenden Ankündigungen nahmen Rüstungsexporte schon in der ersten rot-grünen Regierung gegenüber den Vorjahren unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) stark zu (*Spiegel Online* 2001). Die folgenden Jahre zeigen starke jährliche Schwankungen, aber auch ein deutlich ansteigendes Niveau. Gemessen an den Exportgenehmigungen (der einzigen Zahl, die längerfristig gut verglichen werden kann) betrug diese im Durchschnitt der Jahre von Rot-Grün 5,73 Mrd. Euro, während sie sich für die bisherigen Jahre der Merkel-Regierungen auf 8,46 Mrd. Euro beliefen und 2015 einen Spitzenwert von 12,81 Mrd. Euro erreichten, was ungefähr dem Dreifachen des Werts von 1999 entspricht. Aber nicht nur das Gesamtvolumen der Exporte

ist im letzten Jahrzehnt dramatisch angestiegen, auch die Verteilung auf die belieferten Länder hat sich verändert. Gingen in der Ära von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) durchschnittlich etwa 30 Prozent davon in Drittländer, also in Länder außerhalb von EU bzw. NATO, so liegt dieser Anteil im Durchschnitt der Jahre der Merkel-Regierungen bei 47 Prozent – in den Jahren seit 2012 lag der Anteil stets über 50 Prozent, 2015 bei 59 Prozent. Selbst wenn Lieferungen in EU- oder NATO-Staaten wegen fehlender Endverbleibskontrollen letztlich in Krisengebieten landen können (oder in solchen, in denen Menschenrechte aufs Größte missachtet werden), und auch diese Lieferungen insofern wenig Grund zur Beruhigung darstellen, sind solche in Drittländer häufig noch wesentlich bedenklicher – dies insbesondere dann, wenn es sich um Länder handelt, die direkt in Kriegshandlungen verwickelt oder als Drehscheibe für den Waffenhandel bekannt sind oder aber gegen Opposition und Bevölkerung im eigenen Land wiederholt gewaltsam vorgehen. Im Jahr 2015 haben Exporte in die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas um 144 Prozent zugenommen, wobei unter den wichtigsten Empfängerländern Katar auf Platz 1 steht, Israel auf Platz 4 und Saudi-Arabien auf Platz 7 (Bundesregierung 1999-2003; für die Zahlen der Jahre ab 2004 siehe van Aken 2016).

In anderen europäischen Ländern herrschten von vornherein laxere Bestimmungen als in der Bundesrepublik, doch verabschiedeten die damaligen Mitgliedsländer der EU im Jahr 1998 einen *Gemeinsamen Standpunkt für Rüstungsexporte*, in dem ihre besondere Verantwortung gegenüber der Einhaltung und Förderung der internationalen Sicherheit und des Friedens betont wird. Hierfür werden acht Kriterien genannt, zu denen die Achtung der Menschenrechte, die innere Lage und die „Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region“ gehören. Ihre Respektierung soll zur Vereinheitlichung der nationalen Bestimmungen führen, außerdem sind regelmäßige jährliche Berichte zu erstellen. Der hohe Anspruch wird allerdings bereits in der Präambel eingeschränkt, in der es in aller Deutlichkeit heißt, dass auch die europäische Rüstungsindustrie gefördert werden soll. Von daher verwundert es nicht, dass große Teile dieser Branche den *Gemeinsamen Standpunkt* begrüßten, da sie darin die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen sahen, die in ihren Augen bis dahin durch unterschiedlich restriktive Gesetze und Genehmigungspraktiken behindert wurden (Bundeszentrale für politische Bildung o.J.). Nicht nur die Entwicklung der deutschen Exportzahlen, sondern vor allem die Verschiebungen bei den Empfängerländern lassen daran zweifeln (wie am Beispiel Deutschlands zu sehen ist), dass der *Gemeinsame Standpunkt* irgendeine restriktive Wirkung hat. Er hat vermutlich allenfalls dazu geführt, dass für die beteiligten Länder und Firmen eine etwas größere Markttransparenz entstanden ist. Die Statistik der EU-Exporte für 2013 zeigt, dass unter den Ländern, in welche die meisten

Exporte gingen, Saudi-Arabien auf Platz 2 rangiert, die Vereinigte Arabische Republik auf Platz 3, die Türkei auf Platz 9 und Oman auf Platz 14 (CAAT o.J.).

Irak: die erste *blow-back*-Erfahrung

Mitte der 1950er Jahre besaß der Irak zwölf Panzer und eine ähnliche Zahl an alten britischen Flugzeugen, Anfang der 1990er Jahre verfügte das Land über mehr als 6.000 Panzer und etwa 700 Flugzeuge (Leyendecker 1991: 200). Nach neuesten Zahlen gibt es nur noch 83 Flugzeuge (BICC 2015: 15). Wie kam es zu diesem Auf und Ab der militärischen Bestände und was folgte daraus?

Am Anfang dieser Periode war der Irak eine haschemitische und pro-britisch orientierte Monarchie. Sie wurde 1958 durch eine Reihe von arabisch-nationalistischen Regierungen abgelöst, die Waffenlieferungen aus der Sowjetunion bekamen. Diese war aber aus irakischer Sicht kein zuverlässiger Partner, da sie auch dem Iran Waffen zur Verfügung stellte. Die einseitige Abhängigkeit von der UdSSR sollte nicht von Dauer sein. Im Jahr 1968 kam die Baath-Partei unter Hasan al-Bakr und Saddam Hussein an die Macht – ein Regime, das von Anfang an diktatorisch auftrat und für Folterungen, willkürliche Inhaftierungen, Hinrichtungen und Vertreibungen bekannt war. Doch seit 1969 wurden auch die reichen Ölquellen zunehmend erschlossen, katapultierten das Land auf den Platz des zweitgrößten Öl-Exporteurs, und die Verstaatlichung der entsprechenden Quellen erlaubte es dem Regime, als zahlungskräftiger Käufer auf allen Waffenmärkten der Welt aufzutreten. Besonders Frankreich lieferte bereitwillig Mirage-Kampfflugzeuge und Exocet-Marschflugkörper sowie einen Atomreaktor, der den Ausgangspunkt für die Herstellung von Atomwaffen bilden sollte, allerdings nie in Betrieb ging. Die Bundesrepublik war in erster Linie über deutsch-französische Gemeinschaftsproduktionen von MBB und Aerospatiale beteiligt, insbesondere über die gemeinsame Verkaufsgesellschaft Euromissile, mithilfe derer Panzerabwehrraketen der Typen Hot und Milan sowie Flugabwehrraketensysteme Roland verkauft wurden. Sie trat somit als eigenständiger Rüstungsexporteur nicht in Erscheinung, war aber faktisch an umfangreichen Rüstungsausfuhren beteiligt. Ähnlich unsichtbar blieb die massive bundesdeutsche Unterstützung des irakischen Militärapparats durch die Firmen Kolb, Pilot Plant und Water Engineering Trading, die daran beteiligt waren, Giftgasfabriken für das Land aufzubauen. Sie wurden als Anlagen zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln gegen die Heuschreckenplage deklariert, jedoch – höchst ungewöhnlich für die angeblich zivile Produktion – größtenteils unterirdisch erstellt (Leyendecker 1991: 205, 207; Branscheidt 2003).

Die umfassende Aufrüstung versetzte den Irak ab 1980 in die Lage, den Iran militärisch anzugreifen und dort einzumarschieren. Diese Aggression, als Erster

Golfkrieg bereits damals am Rande der öffentlichen Wahrnehmung des Westens und inzwischen weithin vergessen, wurde von westlichen Staaten nicht nur geduldet, sondern unterstützt – galt sie doch einem Regime, das nach dem Sturz des Schahs eine Islamische Republik errichtet und die USA zu ihrem Hauptfeind erklärt hatte: „Der gesamte Westen war danach den iranischen Mullahs gegenüber derart feindselig eingestellt, dass jede Kritik am Irak tabu war. Niemand hinterfragte die massive Aufrüstung Saddam Husseins, solange diese dem Kampf gegen den verhassten Revolutionsführer Khomeiny diene.“ (NZZ 2003) Das änderte sich auch nicht, als die katastrophalen Folgen nach und nach bekannt wurden: Während der acht Jahre, die der Krieg dauerte, kamen mindestens 368.000 Menschen auf den Schlachtfeldern ums Leben, davon zehntausende Kinder und Jugendliche, die von der iranischen Führung zur Minenräumung in den Tod geschickt wurden. Die Giftgasanlagen von Samarra und Falluja lieferten die Stoffe Tabun, Senfgas und Blausäure, mit denen Fliegerbomben gefüllt und allein zwischen 1980 und 1984 bei 140 Giftgaseinsätzen gegen iranische Truppen, mehrfach aber auch gegen die eigene kurdische Bevölkerung eingesetzt wurden. Außer den beiden Supermächten USA und UdSSR verfügte kein Land der Erde über so umfangreiche Depots an Giftgas wie der Irak. Allein beim Angriff auf das kurdische Halabdscha am 16. März 1988 starben etwa 5.000 Menschen (Leyendecker 1991: 205f.). Trotz eines UN-Embargos belieferten mehrere europäische Länder den Irak auch während des Krieges weiter, insbesondere Italien, Frankreich und Großbritannien. Aus der Bundesrepublik wurden Computerelektronik, Radaranlagen und Munition gekauft, außerdem Hubschrauber von MBB sowie über den Umweg von Frankreich abermals Flugabwehrraketen-Systeme vom Typ Roland und Startanlagen für die Panzerabwehrwaffen Milan (Branscheidt 2003).

Als der Krieg 1988 mit einem Waffenstillstand endete und das Regime in Bagdad bestrebt war, Ersatz für zerstörte oder verbrauchte Rüstungsgüter zu beschaffen, weitete sich der Kreis der Lieferländer aus. In diesem Fall vermochte nicht einmal der Kalte Krieg diese auf einen der beiden Blöcke zu beschränken, sondern Saddam Hussein war „jahrelang gern gesehener Gast in Ost und West“ (NZZ 2003) und das Regime wurde ebenso von US-amerikanischen wie von sowjetrussischen Herstellern massiv aufgerüstet. Auch die europäischen Länder stiegen wieder ein und das, obwohl mittlerweile staatsanwaltliche Ermittlungen eingeleitet worden waren, weil eindeutige Belege für die Produktion von Giftgas unter deutscher Beteiligung vorlagen. Die bundesdeutsche Regierung gab sich weiterhin ahnungslos und ließ in einem Lagebericht des Auswärtigen Amtes über Wirtschaftsgespräche auf der internationalen Messe Bagdad ungerührt verlauten, „die irakische Seite (zollte) der Arbeit deutscher Firmen im Irak während des Golfkrieges hohe Anerkennung und brachte die Hoffnung auf noch engere Zusammenarbeit in der Zukunft zum Ausdruck.“ (zit. nach Fink 2003)

Im Jahr 1990 wies der Irak eine Truppenstärke von einer Million Soldaten auf, das Land war mit modernster Waffentechnologie ausgerüstet und stellte damit alle seine Nachbarstaaten, insbesondere den Iran, Syrien und die Golfstaaten in den Schatten. Das Regime sah sich daher in einer idealen Ausgangslage für den Zweiten Golfkrieg, der nach Saddam Husseins hochtönender Ankündigung den Auftakt für die „Mutter aller Schlachten“ bilden sollte, mit einem Angriff auf Kuwait im August 1990 begann und zu dessen Annektion führte, schließlich für den Irak allerdings in einem militärischen Fiasko endete. Eine breite Kriegskoalition unter Führung der USA zwang das Land mit einem Luft- und Bodenkrieg zum Rückzug und zur Kapitulation. Die USA sahen sich hier in einer klassischen *blowback*-Situation, da sie mit Waffen bekämpft wurden, die sie dem Regime zuvor bereitwillig geliefert hatten (Feinstein 2012: 29, 558). Saddam Hussein blieb zwar an der Macht, musste jedoch die Kontrolle der irakischen Ölverkäufe und Importe durch das *Oil-for-Food*-Programm akzeptieren, d.h. das Land durfte Öl nur noch unter Aufsicht der UN verkaufen und im Gegenzug Nahrungsmittel und medizinische Hilfsgüter importieren. Außerdem musste es Kontrollen seiner militärischen Anlagen akzeptieren und 1994 unter Aufsicht der UN die vorhandenen chemischen Waffen zerstören (Bundeszentrale für politische Bildung 2015). Nach allgemeiner Einschätzung führte dieses Programm in eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe, die in erster Linie die irakische Bevölkerung traf, während Saddam Hussein weiterhin fest im Sattel saß (von Sponeck 2001).

Einflussreiche Konservative forderten die US-Regierung seit Ende der 1990er Jahre verstärkt dazu auf, „die Verantwortung für Amerikas einzigartige Rolle bei der Erhaltung und Verbreitung einer Weltordnung zu übernehmen, die unserer Sicherheit, unserem Wohlstand und unseren Prinzipien dienen“ (Project for the New American Century, PNAC – zit. nach Feinstein 2012: 559) – also das Militärbudget zu erhöhen (was unter George W. Bush tatsächlich in großem Umfang geschah) und aktiv militärische Präsenz zu zeigen. Dabei hatte man vor allem den Irak im Auge, der sich als Angriffsziel nach dem 11. September 2001 anbot, indem man dem Land unterstellte, weiterhin an der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu arbeiten und außerdem mit Al Qaida zusammenzuarbeiten. Unter Führung der USA begann „die Koalition der Willigen“ den Krieg im März 2003 und George W. Bush meinte im Mai desselben Jahres bereits verkünden zu können, die Mission sei „erfüllt“. Der Krieg und die folgende Besetzung des Landes brachten mehr als 100.000 Menschen den Tod, mündeten in einen blutigen und ausweglosen Bürgerkrieg, führten zu alltäglichen Bombenanschlägen, zahllosen Menschenrechtsverletzungen und zum Aufstieg der Dschihadisten-Miliz ISIS. Für US-amerikanische Rüstungsunternehmen und *Security Companies* erwies sich beides als Riesengeschäft (Feinstein 2012: 561ff.). Doch auch die Exporteure anderer Länder zögerten nicht, sich am Wiederaufbau

der zerstörten militärischen Kapazitäten zu beteiligen. Neben den USA sind die wichtigsten Lieferanten (abermals) Russland und die Ukraine, denen an vierter Stelle Deutschland folgt. Von 2003 bis 2010 wurden vor allem deutsche Geländewagen und gepanzerte Fahrzeuge geliefert und ab 2011 stiegen die Exporte durch die Lieferung von Kampfhubschraubern von Airbus Helicopter sprunghaft an. Wie deren Genehmigung in ein offensichtliches Spannungsgebiet zustande kam, ist nach wie vor ungeklärt (BICC 2015: 6ff; Friederichs 2014a).

Im Herbst 2014 verkündete die Bundesregierung mit Zustimmung einer Mehrheit des Bundestages erstmals offiziell Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet, und zwar an einen nicht-staatlichen Akteur – der eingangs erwähnte Fall der Unterstützung der irakischen KurdInnen in ihrem Kampf gegen ISIS. Es handelte sich dabei um Panzerabwehrraketen (wiederum vom Typ Milan), Panzerfäuste, Handgranaten und G 36 Sturmgewehre (Heckler & Koch) aus Beständen der Bundeswehr. In einer Regierungserklärung vom 1. September 2014 führte Kanzlerin Merkel aus, die ISIS-Terrormiliz destabilisiere die gesamte Region und 75 Jahre nach dem Überfall auf Polen stehe Deutschland in einer „besonderen Verantwortung“: „Wir haben jetzt die Chance mitzuhelfen, das Leben von Menschen zu retten und weitere Massenmorde im Irak zu verhindern. Wir haben jetzt die Chance zu verhindern, dass Terroristen sich einen neuen, sicheren Rückzugsort schaffen und von dort Hass und Gewalt in die Welt tragen.“ (Regierungserklärung 2014)

Doch genau diese Hoffnung hat sich in ihr Gegenteil verkehrt, denn für die Lieferungen (und weitere, im Februar 2015 angekündigte Exporte) hat sich abermals die Erfahrung des *blowback* bestätigt. Nach Recherchen von Amnesty International ist ISIS inzwischen im Besitz von Waffen aus mindestens 25 Staaten, darunter von Sturmgewehren aus Belgien, China, Deutschland und den USA, die den Kämpfern bei der Eroberung kurdischer Gebiete in die Hände fielen oder die von kurdischen Peschmerga-KämpferInnen aus Geldnot auf dem Schwarzmarkt verkauft wurden (manche von ihnen erklärten, sie wollten mit dem Verkaufserlös ihre Flucht nach Deutschland bezahlen). Es wird vermutet, dass ISIS mittlerweile sogar über nicht zerstörte Bestände der Giftgasanlagen aus der Zeit von Saddam Hussein verfügt (Bickel 2014; Salzburger Nachrichten 2015; Friederichs 2016).

Afghanistan: Waffenlieferungen und unkontrollierte Lizenzproduktionen

Es gibt wohl kein Land der Erde, das seit mehr als drei Jahrzehnten eine derart ununterbrochene Folge von Kriegen und Bürgerkriegen erlebt hat, wie Afghanistan. Verschiedene militärische Kräfte, staatliche wie nicht-staatliche, waren

und sind hieran beteiligt. 2014 und 2015 war die Zahl der getöteten Zivilpersonen nach Berichten von Amnesty International so hoch wie nie zuvor, wobei die allermeisten von ihnen Opfer der Attacken von Milizen der Taliban oder anderer bewaffneter Gruppen wurden. Dazu kam, dass Zehntausende im Zuge von Kampfhandlungen vertrieben wurden (Amnesty International 2015/2016). Wie ist es möglich, dass diese militanten Gruppen nunmehr seit Jahrzehnten imstande sind, ihren Anspruch auf einen rigiden fundamentalistischen Islam derart gewalttätig durchzusetzen?

Seit den 1930er Jahren war Afghanistan unter dem Monarchen Zahir Schah stammesmäßig, autoritär und patriarchalisch organisiert, jedoch im Großen und Ganzen einigermaßen friedlich. Dies sollte sich mit der Ausrufung der Republik 1973 ändern, da seither politische Rivalitäten vermehrt gewaltsam ausgetragen wurden. Nachdem die kommunistische Demokratische Volkspartei 1978 an die Macht kam und sowjetrussische Truppen das Land im folgenden Jahr besetzten, wurde es zum Terrain einer der zahlreichen Stellvertreterkriege, die sich die UdSSR und die USA weltweit lieferten. Die Mudschaheddin, die „Kämpfer Gottes“, waren Gruppen, die sich um religiöse Führer scharten und sich in den 1970er Jahren gegen alle Versuche der Modernisierung und Säkularisierung zur Wehr setzten. Sie sahen sich zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen, verfügten jedoch nur über einige wenige Beutewaffen aus Beständen der afghanischen Armee und über Karabiner aus dem afghanisch-britischen Krieg von 1919 (Berger u.a. 2002: 57; Vensky 2009; Armanski/Warburg 2011: 97).

Diese spärliche Bewaffnung änderte sich ab 1979, als die CIA im Zuge der weltweiten Bekämpfung sowjetischer Einflussnahme die *Operation Cyclone* in Gang setzte, eine ihrer längsten und aufwendigsten Geheimdienst-Aktionen, mit der den Mudschaheddin moderne Waffen verschafft wurden, wozu Saudi-Arabien großzügige finanzielle Unterstützung gewährte. Es handelte sich zum Zweck der Tarnung zunächst nicht um westliche Fabrikate, sondern pikanterweise hauptsächlich um sowjetische Waffen, darunter Maschinengewehre vom Typ AK 47, die über Umwege in Ägypten, China und der Tschechoslowakei beschafft und mithilfe des pakistanischen Geheimdienstes nach Afghanistan geschmuggelt wurden (Berger u.a. 2002: 57). Später brachte man auch US-Stinger-Raketen und Waffen, die die USA im Zweiten Golfkrieg gegen den Irak erbeutet hatten, ins Land. Auf diese Art wurden 300.000 Kämpfer ausgerüstet und Tausende erhielten eine spezielle Guerilla-Ausbildung. Ohne dass dies im US-amerikanischen Kongress jemals debattiert wurde, aber unter tatkräftiger Mithilfe des demokratischen Kongressabgeordneten Charlie Wilson, wurden die Mudschaheddin zu „Amerikas Stellvertretersoldaten in dem brutalen Guerillakrieg, der zum Vietnam der Russen wurde und dessen Ausgang mitentscheidend war für den Zusammenbruch der UdSSR.“ (Feinstein 2012: 351)

Ab 1988 zogen die sowjetischen Truppen ab, und das „zehn Jahre lange Engagement der CIA hatte aus primitiven Stammestruppen hochgerüstete Kampfverbände gemacht“ (Feinstein 2012: 353), die seither selbstbewusst davon ausgingen, dass ihnen, wenn sie bereits eine Supermacht in die Knie gezwungen hatten, dies auch mit der anderen gelingen müsste. Doch zunächst kam es in dem verwüsteten Land, aus dem Hunderttausende flohen, zu Machtkämpfen zwischen den verschiedenen islamistischen Milizen, aus denen die Taliban als Sieger hervorgingen und sich ab 1996 daran machten, dem Land ihre am saudi-arabischen Wahhabismus orientierten Vorstellungen einer strikt an der Scharia ausgerichteten Gesellschaft gewaltsam aufzudrücken (Armanski/Warburg 2011: 99). Als die USA im Oktober 2001, nur wenige Woche nach den Anschlägen vom 11. September, den „Krieg gegen den Terror“ ausriefen, waren diese lediglich ein Auslöser für einen ohnehin bereits länger geplanten Krieg zur Durchsetzung der „Neuen Weltordnung“ unter Vorherrschaft der USA, wie sie bereits unter George Bush sen. seit Anfang der 1990er Jahre anvisiert worden war. Der Krieg gegen die Taliban und ihre militanten Unterstützer aus verschiedenen Weltgegenden – darunter insbesondere solche von Al Qaida – bedeutete für die USA, dass sie nun Kämpfern gegenüberstanden, die sie selbst zuvor massiv ausgerüstet hatten: Wie im Irak ergab sich auch hier der klassische Fall eines *blowback*-Effektes (Baraki 2004: 24; Feinstein 2012: 352f).

Das Pentagon versprach einen „schlanken Krieg“ und die Regierung Bush jun. den baldigen institutionellen Wiederaufbau sowie die Demokratisierung des Landes. Nichts davon wurde umgesetzt, selbst wenn es gelang, die Taliban im November 2001 aus Kabul zu vertreiben, und die USA eine breite Koalition von Ländern auf die Beine stellten, die sich im Rahmen der *International Assistance Force* (ISAF) am Krieg beteiligten: Dieser zog sich über mehr als zehn Jahre hin und führte zu mindestens 68.000 Toten. Die von den USA installierte Zentralregierung erwies sich als schwach und korrupt, Warlords kontrollieren nach wie vor einzelne Regionen, die alltägliche Gewalt nahm weiter zu und das Land ist seither „infrastrukturell, sozialmoralisch und ökologisch am Boden.“ (Armanski/Warburg 2011: 103). Dies hat unter anderem mit dem anhaltenden Zustrom von Waffen zu tun.

Zwar wurden ab 2002 wiederholt Entwaffnungsprogramme durchgeführt, doch haben diese allem Anschein nach wenig bewirkt. Die an ISAF beteiligten Länder brachten stets neue Waffen ins Land, und auch in diesem Fall landeten viele davon bei denjenigen, die man bekämpfen wollte. Bereits 2009 fanden US-Soldaten bei getöteten Taliban-Kämpfern Gewehr Magazine mit US-amerikanischer Munition und ein Untersuchungsbericht des Kongresses stellte fest, die US-Armeeführung habe es versäumt, „die Übergabe von tausenden Gewehren an afghanische Sicherheitskräfte zu dokumentieren. Das Arsenal der

vermissten Waffen reichte von Maschinengewehren bis hin zu Granatwerfern.“ (Neuhaus 2009) Ein anderes Mal warf ein Hubschrauber der internationalen NATO-Truppe versehentlich Waffen über einem Taliban-Gebiet ab. Im Jahr 2014 wurde der Bericht des US-Sondergeneralinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans bekannt, wonach in den vergangenen zehn Jahren mehr als 700.000 Maschinenpistolen und -gewehre, Granatwerfer, Pistolen und Ersatzteile an die afghanische Armee und Polizei geliefert wurden. Für die meisten dieser Waffen war unklar, wo sie geblieben waren, und es wird angenommen, dass sie auf Schwarzmärkte gelangten (Hansen 2014).

Deutsche Waffen spielen in diesem Krieg ebenfalls eine erhebliche Rolle. Zwar sind die offiziellen Waffenexporte im Vergleich zu anderen Empfängerländern eher gering und umfassten in den letzten Jahren meist Militärgüter wie Geländewagen, Panzertransporter oder Minenräumergeräte, in vielen Fällen auch Gewehre und Munition. Aber Fotos und Videos von Taliban-Kämpfern zeigten diese immer wieder mit deutschen Präzisionswaffen der Marken Blaser, Walther und Heckler & Koch: „Taliban-Kämpfer aus dem Swat-Tal und dem Distrikt Buner posieren auf Fotos mit Sturmgewehren des deutschen Typs ‘Heckler & Koch G3’. Teilweise sind die Gewehre mit Zielfernrohren ausgestattet.“ (Flade 2009) Die Wege, auf denen sie dazu kamen, sind vielfältig. So wurden 2006 vom deutschen Bundesverteidigungsministerium 10.000 ausgemusterte Walther P1-Pistolen an das afghanische Innenministerium geliefert. Später wurde nach Recherchen des NDR festgestellt, dass sich nur noch der kleinere Teil dieser Waffen in den Händen von Soldaten und Polizisten befanden (Flade 2009).

Es ist jedoch auch möglich, dass Schnellfeuer- und Maschinengewehre von Heckler & Koch auf andere Weise nach Afghanistan gelangten. Denn diese werden seit längerer Zeit in Lizenz in vielen Ländern produziert, unter anderem in solchen, die mit den Taliban stets intensive Beziehungen pflegten: Pakistan und Saudi-Arabien. Das Sturmgewehr G3 wurde seit 1963 von den *Pakistan Ordnance Factories* nahe Islamabad hergestellt, und zwar zunächst für die eigenen Streitkräfte, bald auch für den Export. Es ist bekannt, dass die Gewehre an Somalia und an Sri Lanka geliefert wurden, 2004 ebenfalls an den Irak, und dass sie in allen Fällen in Bürgerkriegen eingesetzt wurden: „Eine Zustimmung von deutscher Seite benötigt Pakistan für die Exporte der ‘Braut des deutschen Soldaten’ übrigens nicht. Endverbleibsregelungen für im Ausland in Lizenz produzierte deutsche Waffen führte die Bundesregierung erst 1982 ein – zwei Jahrzehnte nach Vertragsabschluss mit den Freunden in Pakistan.“ (Lurz 2007) In Saudi-Arabien werden die Gewehre von Heckler & Koch G3 und G36 erst seit 2008 in Lizenz produziert, und dies sollte ausdrücklich nur für den Eigenbedarf der saudi-arabischen Sicherheitskräfte geschehen. Doch gilt es mittlerweile als sicher, dass sie im letzten Jahr an jemenitische Milizen geliefert wurden, die gegen die

dortigen Huthi-Rebellen kämpfen. Es spricht also alles dafür, dass solche Waffen auch nach Afghanistan gelangt sind (Gebauer 2015).

Syrien: Hier fehlt es an allem, nur nicht an Waffen

Der Bürgerkrieg, der seit 2011 weite Teile des Landes in Schutt und Asche legt, hat bis Ende 2015 mehr als 250.000 Menschenleben gefordert und die Hälfte einer Bevölkerung von ursprünglich 23 Mio. in die Flucht getrieben. Wie konnte es dazu kommen und welche Rolle spielen Waffenlieferungen auch in diesem tragischen Fall?

Die Syrische Republik entstand 1946 als Ausweg aus der kolonialen Abhängigkeit von Frankreich, wurde in einer kurzen Zwischenetappe zusammen mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik und konstituierte sich ab 1963 als Arabische Republik Syrien unter der Einparteien-Herrschaft der Baath-Partei. Unter Hafiz al-Assad, der sich 1970 als Luftwaffenoffizier an die Macht putschte, entwickelte sich das Land zu einem Polizeistaat, in dem der Präsident 15 konkurrierende Geheimdienste einrichtete und jeden Ansatz einer politischen Opposition durch Verhaftungen und Folterungen im Kern erstickte. Tausende wurden hingerichtet. Gleichzeitig wurde das Regime mithilfe der UdSSR massiv aufgerüstet, nachdem mit dieser bereits in den 1950er Jahren ein Abkommen über Militärhilfe abgeschlossen worden war. In der Folge sah sich die Armee umfassend u.a. mit Kampf- und Schützenpanzern, Flugabwehr-Raketen, Flugzeugen und Hubschraubern sowjetischer Bauart ausgestattet, wobei die Militärausgaben bis zur Hälfte des Staatshaushaltes ausmachten. Nach Einschätzung von Militärexperten gehörte der syrische Militärapparat um 2000 zu den größten und schlagkräftigsten der gesamten arabischen Welt, litt allerdings nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunehmend darunter, dass die bisherigen guten Lieferbeziehungen sich verschlechterten, sodass die Beschaffung von Ersatzteilen schwieriger wurde und der militärische Bestand zum Teil überalterte. Gleichwohl blieben die intensiven politischen Beziehungen mit dem Nachfolgestaat Russland erhalten (MacFarquhar 2000; Bennett 2001; Koelbl 2005).

Trotz der überragenden Dominanz der UdSSR als Waffenlieferant gab es auch Kontakte zu westlichen Ländern. Das Regime wollte weniger abhängig von sowjetischen Lieferungen sein, und es war Franz-Josef Strauß persönlich, der Präsident Hafiz al-Assad 1978 in Begleitung eines Beauftragten von MBB besuchte (Strauß war Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus Industrie, die mehrheitlich im Besitz von MBB war) und dort die Lieferung von 4.400 Milan-Raketen einfädelt, die von Aerospatiale als deutsch-französische Koproduktion gefertigt wurden (Der Spiegel 1978b: 114). Auch beim Aufbau einer eigenen Chemiewaffen-Produktion griff das syrische Regime auf andere als sowjetische

Lieferanten zurück. Seit Anfang der 1970er Jahre lieferte Ägypten Kampfstoffe wie Senfgas, später halfen Nordkorea, Libyen und Pakistan beim Aufbau eigener Fertigungskapazitäten, die seither mindestens drei große Produktionsstätten und drei große Lagerorte für bis zu 1.000 Tonnen chemische Kampfstoffe umfassen sollen. Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik kam zu dem Schluss: „Heute hat Syrien das größte aktive Chemiewaffen-Programm der Welt.“ (Meier 2013: 2) Wie im Irak und in Libyen waren (neben französischen und chinesischen) wiederum deutsche Firmen beteiligt. Nach Angaben der Organisation für das Verbot chemischer Waffen gingen zwischen 1982 und 1993 mehr als 50 Lieferungen an das Assad-Regime, darunter Steuerungsanlagen, Pumpen, Kontrollventile, Gasetektoren, eine Chemiewaschanlage und 2.400 Tonnen Schwefelsäure. Neueren Erkenntnissen zufolge sollen waffenfähige Substanzen sogar bis 2011 nach Syrien exportiert worden sein. Mittlerweile sind auch die Namen der früheren Lieferanten bekannt, darunter der Glasproduzent Schott, der Laborgeräte-Hersteller Kolb und der Pharmakonzern Merck. Während die Unternehmen selbst angeben, keine Unterlagen mehr zu besitzen oder aber im guten Glauben gehandelt hätten, es sei um zivile Verwendungen gegangen, überraschte die syrische Regierung die Öffentlichkeit im Juli 2012 damit, dass sie die Existenz von Chemiewaffen bei einer Pressekonferenz offen zugab. Dabei wurde betont, diese würden niemals gegen die eigenen Landsleute eingesetzt, sondern allenfalls gegen ausländische Interventionstruppen. Aber nur einen Monat später erfolgte in der Nähe von Damaskus ein verheerender Giftgasangriff gegen die syrische Bevölkerung, der in den Ländern, die zuvor den Aufbau der entsprechenden Kapazitäten mitbefördert hatten, heuchlerisches Entsetzen auslöste (Meier 2013; Zeit-Online 2013; Spiegel Online 2015).

Bereits vor 2011 hat das syrische Regime sein erhebliches Militärpotenzial immer wieder eingesetzt – gegen Nachbarländer 1967 im Sechs-Tage-Krieg gegen Israel, der mit dem Verlust der Golanhöhen endete, sowie im Jom-Kippur-Krieg 1973, bei dem Syrien diese zum Teil zurückeroberte. Außerdem beteiligte sich das Land am Ersten Golfkrieg ab 1980 gegen den Irak an der Seite des Iran und befand sich im Zweiten Golfkrieg 1991 an der Seite der USA und ihrer Alliierten abermals in Gegnerschaft zum Irak. Dazwischen mischte Syrien im libanesischen Bürgerkrieg von 1982 mit. Gleichzeitig ging das Regime im Inneren hart gegen oppositionelle politische Gruppierungen vor, so 1980 und noch einmal 1982 bei Aufständen der Muslimbrüder, die im zweiten Fall in einem Blutbad mit 10.000 Toten, dem Massaker von Hama, endeten (MacFarquhar 2000).

Nach dem Tod von Hafiz al-Assad im Jahr 2000 sah es zunächst so aus, als würde sein Sohn Baschar al-Assad, der ihm als Präsident folgte, von der diktatorischen Praxis des Vaters abgehen. Doch der „Damaszener Frühling“, im Zuge dessen in Debattierklubs über politische Reformen diskutiert wurde, kam bald

zu einem Ende und neue Verhaftungswellen folgten 2001 ebenso wie 2004, 2006 und 2009. Der repressive Kurs verschärfte sich gravierend, als es im März 2011 abermals zu Protesten kam, die den bis heute anhaltenden Bürgerkrieg auslösten, an dem neben Regierungstruppen und staatstragenden Milizen zahlreiche weitere kämpfende Gruppen beteiligt sind, die mittlerweile von verschiedenen Nachbarstaaten und internationalen Großmächten unterstützt werden: zunächst von Iran, Russland und China auf der Seite des Regimes, und von Saudi-Arabien, Katar, der Türkei und den USA auf der Seite von dessen Gegnern. Insbesondere gelang es ISIS, sich hier ebenfalls als Kriegspartei zu etablieren, was die bisherigen Frontstellungen erneut durcheinanderbrachte, sodass die Opposition nunmehr selbst in eine Vielzahl rivalisierender und sich bekämpfender Gruppen zerfiel (Schneider 2015).

All dies führte zu einem unaufhörlichen Zustrom an Waffen für sämtliche Verbände, sodass Recherchen der Deutschen Welle 2014 zu dem Schluss kamen: „Drei Jahre nach Beginn des Bürgerkrieges fehlt es in Syrien an vielem, aber nicht an Waffen. Das Land entwickelte sich zu einem Zentrum des Waffenhandels und -schmuggels.“ (Deutsche Welle 2014) Während das Assad-Regime für den Nachschub vor allem die traditionell gut eingespielten Beziehungen zu Russland nutzen kann, bedienen sich die verschiedenen Rebellengruppen, wenn Soldaten desertieren oder Waffendepots erobern, in den Arsenalen der syrischen Armee. Daneben gibt es einen blühenden Schwarzmarkt im Libanon, und auch aus Libyen gelangen – mithilfe der USA – häufig Waffen nach Syrien. Bereitwillige Unterstützer sind des weiteren Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, die Waffen über den Umweg von Jordanien liefern. Nach Untersuchungen des Balkan Investigative Network (BIRN) lieferte Bulgarien seit 2011 im Auftrag der USA, von Saudi-Arabien und der Vereinigten Arabischen Republik Waffen sowjetischer Bauart mit einem Gesamtwert von bis zu 600 Mio. US-Dollar an syrische Milizen (Vasilescu 2015; Petkova 2016). Die Auftraggeber dieser Waffenlieferungen hofften insbesondere, damit ISIS zurückzudrängen, doch haben sie letztlich genau das Gegenteil bewirkt: Ein Großteil davon ist ebendort gelandet. Amnesty International veröffentlichte im Dezember 2015 einen Bericht über Recherchen in Syrien, wonach die ISIS-Kämpfer Waffen aus mindestens 25 Staaten verwenden, darunter Sturmgewehre aus Belgien, China und den USA, auch deutsche Erzeugnisse von Heckler & Koch (Amnesty International 2015). Oftmals fallen ihnen diese bei der Eroberung von Gebieten im Irak oder in Syrien, die bisher von Regierungstruppen kontrolliert waren, in die Hände, und man transportiert sie dann umgehend dorthin, wo sie gerade dringend gebraucht werden: „Bereits zwei Wochen nach dem Fall von Mossul im Nordirak tauchten die dort erbeuteten Waffen bei IS-Kämpfern im 500 Kilometer entfernten Kobane im Norden Syriens auf.“ (Deutsche Welle

2014) Auch die Milan-Raketen, die Ende der 1970er Jahre nach Syrien gelangten, wurden bei ISIS-Kämpfern gesichtet und erwiesen sich offenbar als nach wie vor funktionstüchtig (Friederichs 2015).

Fazit

„Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute“ stellt das UNO-Flüchtlingswerk UNHCR für die Entwicklung der letzten Jahre fest. Auch der Umfang der internationalen Waffenexporte hat nach den Daten von SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) im letzten Jahrzehnt stetig zugenommen (wobei es sich hier nur um einen Teil aller Waffenexporte handelt, nämlich um Großwaffen). Würden die meisten dieser Waffen in Depots verrotten, so läge zwar eine gigantische Verschwendung von Ressourcen vor, doch bliebe das Unheil immerhin begrenzt. Die Erfahrungen in vielen Ländern zeigen allerdings, dass ein Großteil dieser Waffen tatsächlich dort landen, wo sie unmittelbar eingesetzt werden: Sie verlängern und brutalisieren Kriege, gleichzeitig tragen sie dazu bei, politische Lösungen und Verhandlungen in weite Ferne zu schieben. Die Brisanz dieser Entwicklungen ist auch daran zu sehen, dass gerade Staaten, die an Konfliktherde angrenzen und von denen man weiß, dass sie direkt oder indirekt in Kriege eingreifen, besonders viele Waffen importieren. Zu den zehn weltweit wichtigsten Importeuren gehören derzeit Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Pakistan (UNHCR 2015; SIPRI 2016).

Diese globalen Trends bestätigen sich gleichfalls für Deutschland. Es wird damit gerechnet, dass 2015 zum „Rekordjahr“ für deutsche Rüstungsexporte wird, da die bewilligten Ausfuhren im ersten Halbjahr bereits fast so hoch waren wie die gesamten Exporte des Vorjahres. Die wichtigsten Empfängerländer sind – wie bereits weiter oben angemerkt – als höchst problematisch anzusehen, da sich unter den zehn wichtigsten Importeuren deutscher Waffen Saudi-Arabien, Israel und Kuwait befinden, die allesamt als Drehscheiben des Waffenhandels bekannt sind (Elmer 2015).

Doch die Erfahrungen im Irak, in Afghanistan und in Syrien haben gezeigt, dass die offiziellen Daten über aktuelle Waffenexporte nur einen Teil der Wirklichkeit wiedergeben und lediglich die traurige Spitze des Eisberges der Gewalt darstellen. Denn deutsche Waffen können auch aus anderen Gründen in Konfliktregionen zum Einsatz kommen: weil sie bereits früher geliefert wurden, weil sie an befreundete Länder ohne Endverbleibskontrolle gelangt sind, weil sie als Zivilgüter falsch deklariert wurden bzw. als *dual-use*-Güter galten, weil sie aus Lizenzproduktionen in anderen Ländern oder aus Gemeinschaftsproduktionen

mit anderen Ländern stammen, oder schließlich, weil sie an Regierungstruppen eines Landes geliefert wurden, dort aber in die Hände der gegnerischen Kriegspartei gelangten.

Im Jahr 2013 wurde von der UNO-Generalversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit ein multilateraler Vertrag verabschiedet, der den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln soll. Ausgangspunkt dieses *Arms Trade Treaty* (ATT) war der Aufruf einer Gruppe von TrägerInnen des Friedensnobelpreises um den ehemaligen Präsidenten von Costa Rica, Óscar Arias, die internationale Normen für die Einfuhr, die Ausfuhr und den Transfer dieser Waffen forderten. Der Vertrag wurde bis Ende 2015 von 130 Staaten unterzeichnet und von 72 Vertragsstaaten – darunter auch von Deutschland – ratifiziert, worin sich immerhin zeigt, dass der Waffenhandel mittlerweile dank der langjährigen Dokumentations- und Aufklärungsarbeit zahlreicher Organisationen als globales Problem angesehen wird. Doch wie so oft steckt der Teufel im Detail. Bei der ersten Konferenz der Vertragsstaaten im Februar 2016 in Cancún konnten sich diese nicht auf Bestimmungen zur lückenlosen Offenlegung aller (geplanten) Ein- und Ausfuhren von Rüstungsgütern einigen: Die Forderung wurde insbesondere von Deutschland abgelehnt (taz.de 2016). Es wird also noch sehr viel mehr öffentlicher Druck erforderlich sein, bis es wirklich zu einer Umkehr kommt und bis die todbringenden Geschäfte endlich wirkungsvoll eingedämmt werden.

Aber warum sollte man eigentlich nicht zu den politischen Ansätzen der Nachkriegszeit, zum grundsätzlichen Verzicht auf die Produktion und den Export von Rüstungsgütern, wie ihn der Sozialdemokrat Carlo Schmid damals formulierte, zurückkehren? Ein häufig vorgebrachtes Argument lautet, kein Staat könne sich – wenn es um seine grundsätzliche Fähigkeit zur Verteidigung gehe – von ausländischen Lieferanten abhängig machen. Hier ist zum einen festzuhalten, dass sich die Bundesregierung von dem im Grundgesetz formulierten Anspruch, ihre Armee nur zur Verteidigung einzusetzen, ganz offiziell spätestens seit 1992 verabschiedet hat. Damals erließ Minister Rühle *Verteidigungspolitische Richtlinien*, wonach deutsche Sicherheitspolitik „weder inhaltlich noch geographisch“ einzugrenzen sei und auch Ziele zu verfolgen habe, wie die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ (VPR 1992, Pkte. 8 und 24). Zum anderen spricht angesichts einer mittlerweile kaum noch zu überschauenden Zahl von rüstungsproduzierenden Ländern wenig dafür, man würde sich beim Verzicht auf eine eigene Produktion in untragbare Abhängigkeiten von Lieferungen aus anderen Staaten begeben. Dazu kommt, dass auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsproduktion eher gering ausfällt. Nach Einschätzung von Reinhard Schwitzer, der die Friedens- und Rüstungspolitik für das *Memorandum 2016* der Arbeitsgruppe Alternative

Wirtschaftspolitik untersucht hat, gibt es etwa 90.000 bis 100.000 direkte Arbeitsplätze bei Systemanbietern und Zulieferunternehmen – das sind etwa so viele wie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden. Ebenso hat die Rüstungsindustrie an den Erfolgen des „Exportweltmeisters“ Deutschland nur einen verschwindend kleinen Anteil von weniger als einem Prozent (Schwitzer 2016; BIBB-Datenreport 2014; Friederichs 2014b).

Dagegen ist ihr Lobbypotenzial erheblich, insbesondere auch dadurch, dass sich etwa ein Drittel der Rüstungsarbeitsplätze auf nur sechs Unternehmen konzentrieren (Schwitzer 2016). Solange die Rüstungsindustrie innerhalb des BDI organisiert war, traten ihre Vertreter eher „leise und öffentlichkeitsscheu“ auf (Brost u.a. 2014), doch 2010 gründeten sie einen eigenen Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie – Hauptgeschäftsführer ist der Sozialdemokrat Wilhelm Adamowitsch – und dieser Verband äußert sich inzwischen lautstark, sobald in der Öffentlichkeit von strengeren Kontrollen für Rüstungsexporte die Rede ist: „Die Lobbyisten spielen mit der Arbeitsplatzangst: Tausende Arbeitsplätze seien gefährdet, vor allem bei Mittelständlern.“ (Friederichs 2014b) Darüber hinaus pflegen einzelne Unternehmen besonders innige Kontakte zur Politik, wie etwa der Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch zum Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Volker Kauder, der sich nach eigener Aussage weltweit für verfolgte ChristInnen engagiert, dessen Kreisverband Rottweil seit 2002 aber gleichzeitig immer wieder Spenden von Heckler & Koch entgegennahm. In einem Interview mit der Zeitung Schwarzwälder Bote sprach der Miteigentümer des Unternehmens Andreas Heeschen ganz offen seine Dankbarkeit für Volker Kauder aus, der „immer wieder die Hand über uns gehalten“ habe, so auch, „wenn es um Exportgenehmigungen ging.“ (zit. nach Grässlin 2013)

Die wenigsten Rüstungsunternehmen produzieren ausschließlich Waffen: Produzenten von Schusswaffen stellen daneben Sport- und Jagdwaffen her, Schiffswerften parallel zu Kriegsschiffen, Boote und Schiffe für zivile Zwecke – doch solange gute Beziehungen zu politischen Entscheidern für volle Auftragsbücher sorgen, haben sie wenig Grund, ihre militärische Sparte zu verkleinern. Auch dies wird sich ohne öffentlichen Druck nicht ändern. Einen solchen gab es im Rahmen der Friedensbewegung der 1980er Jahre und er führte zu einer breiten Diskussion sowie zu konkreten Projekten alternativer Produktion. Wichtige Anregungen dazu kamen von Mike Cooley, dem Chefkonstrukteur und Vertreter der Gewerkschaften beim britischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace, der 1980 erklärte: „Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er bemerkt, daß die Gesellschaft ... die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten.“ (zit. nach Einemann/Lübbing

1986: 121). Die Kampagne fand internationale Resonanz, Cooley selbst wurde von dem Rüstungsunternehmen im Jahr darauf allerdings entlassen. Nach dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ gab es damals weitreichende Debatten und praktische Vorschläge auf verschiedenen Ebenen, u.a. im Rahmen der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt oder in der Bundesrepublik bei einzelnen Landesregierungen (etwa in Bremen). Insbesondere die IG Metall engagierte sich zudem für das Thema, und in mehreren Betrieben, etwa bei HDW und bei Blom & Voss in Hamburg oder bei Atlas Elektronik in Bremen entstanden entsprechende Arbeitskreise. Aus heutiger Sicht mag es aussehen, als seien diese Initiativen später sämtlich wieder versandet, doch Reinhard Schwitzer weist darauf hin, dass dies bei aller gebotenen Ernüchterung nicht generell der Fall ist. Wenngleich Konversionsfragen seit langem nicht mehr Gegenstand großer Kampagnen sind, gab es einige erfolgreiche Projekte wie etwa in der ehemaligen Marine-Werft Nordseewerke (bis 2009 Teil von Thyssen-Krupp Marine Systems), wo die bisherige Produktion von Kriegsschiffen unter der neuen Schaaf Industrie AG (SIAG) durch eine solche von Bauteilen für Windenergieanlagen ersetzt wurde, oder in Kiel, wo bei Krupp-MaK seit 2001 das Konversions-Motto „Loks statt Leos“ verwirklicht wurde, indem in der neuen Vossloh Schienenfahrzeugtechnik GmbH statt des Kampfpanzers Leopard nunmehr Schienenfahrzeuge hergestellt werden (Schwitzer 2016).

Seit 2014 gibt es in der IG Metall wieder eine breite Debatte zu Fragen der Rüstungsproduktion und -exporten. Bei der Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft in Stuttgart wurde im September 2014 eine Resolution verabschiedet, wonach unter anderem restriktivere Gesetze und stärkere Kontrollen für Rüstungsexporte sowie die Umstellung von Arbeitsplätzen zur „Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte“ gefordert wurden. Ausdrücklich unterstützt wurde dabei die Aussage des Stuttgarter Bezirksleiters Roman Zitzelsberger: „Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung“. (IG Metall Stuttgart 2014) Doch die konkrete Umsetzung derartiger Initiativen ist alles andere als einfach, stoßen sie doch bei der auf dieser Ebene wenig innovationsfreudigen Unternehmerschaft meist auf Vorbehalte und bange Beschäftigte mit einigem Recht um ihre Arbeitsplätze. Bei einem Treffen der Betriebsräte von Heckler & Koch, Junghans und Rheinmetall auf Einladung der IG Metall Freudenstadt formulierten diese – ebenfalls im September 2014 – entsprechende Bedenken: „Bei der politischen Bearbeitung von Exportvorschriften und von sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen muss die Frage einer realistischen Zeitschiene für Möglichkeiten von Konversion und Alternativen ... im Mittelpunkt stehen.“ Auch wurde angemerkt, „dass Demokratie und Verteidigungsfähigkeit untrennbar zusammengehören.“ (IG Metall Freudenstadt 2014). Es kann insofern nicht darum gehen, diesen Beschäftigten allein die moralische und politische Last aufzubürden, eine Änderung

der Produktpolitik der Unternehmen durchzusetzen. Sie brauchen dazu die Unterstützung der übrigen Gesellschaft – praktische Solidarität ist gefragt.

Literatur

- Amnesty International (2015): *Taking stock – the arming of islamic state*. URL: amnesty.org, Zugriff: 3.3.2016.
- (2015/2016): *Annual Report – Afghanistan*. URL: amnesty.org, Zugriff: 29.2.2016.
- Armanski, Gerhard/Warburg, Jens (2011): Warum die NATO den Krieg in Afghanistan nicht gewinnen wird. In: *PROKLA* 41(1): 97-110.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2016): *Aktuelle Zahlen zu Asyl – Ausgabe Januar 2016*. URL: bamf.de, Zugriff: 19.2.2016.
- Baraki, Martin (2004): Afghanistan nach den Taliban. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48: 24-30.
- Bennett, Richard M. (2001): The Syrian Military: A Primer. In: *Middle East Intelligence Bulletin*, Vol. 3, August/September. URL: meform.org, Zugriff: 4.3.2016.
- Berger, Silvia/Kläy, Dieter/Stahel, Albert Alexander (2002): *Afghanistan – ein Land am Scheideweg – Im Spiegel der aktuellen Ereignisse*, Zürich.
- BIBB-Datenreport (2014), Tab. A4.10.1-20, Zugriff: bibb.de, Zugriff: 4.4.2016.
- BICC (2015): *Länderinformation: Irak*. URL: ruestungsexport.info, Zugriff: 5.4.2016.
- Bickel, Markus (2014): *Saddams Giftgas in den Händen der IS-Terrormiliz?* URL: faz.net vom 15.10.2014, Zugriff: 28.2.2016.
- Branscheidt, Hans (2003): Die Bagdad-Connection. URL: wadinet.de (19.2.2003), Zugriff: 27.2.2016.
- Brost, Marc/Friederichs, Hauke/Pinzler, Petra (2014): Frieden durch deutsche Waffen? In: *Die Zeit* Nr. 34, 14.8.2014.
- Bundesregierung (1999-2003): *Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter* (verschiedene Jahrgänge). URL bmwi.de, Zugriff: 18.2.2016.
- Bundesregierung (2013): *Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter*. URL: bmwi.de, Zugriff: 18.2.2016.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): *Militärische Kapazitäten und Mittel – Gemeinsamer Standpunkt der Europäischen Union (EU) für Rüstungsexporte*. URL: sicherheitspolitik.bpb.de, Zugriff: 19.2.2016.
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2015): *Vor 25 Jahren: Beginn des Zweiten Golfkriegs*. URL: bpb.de, Zugriff: 25.2.2016.
- CAAT (Campaign against arms trade) (o.J.): EU Arms Export. URL: caat.org.uk, Zugriff: 20.2.2016.
- Der Spiegel (1978a): „Das ist doch wahrlich schwarzer Humor“ – Spiegel-Gespräch mit Franz-Josef Strauß, H.29: 80-88.
- (1978b): *Was ist denn?* H.6: 114.
- (1989): *Auch bei Neckermann*, H.2: 32-34.
- Deutsche Welle (2014): *Waffen in Syrien – der Nachschub rollt*. URL: dw.com (9.10.2014), Zugriff: 2.3.2016.
- Einemann, Edgar/Lübbing, Edo (1986): Rüstungskonversion und alternative Produktion als gesellschaftspolitische Strategie. In: Briefs, Ulrich (Hg.): *Anders produzieren, anders arbeiten, anders leben*, Köln: 118-150.
- Elmer, Christine (2015): *Datenlese – In diesen Ländern landen deutsche Rüstungsgüter*. URL: spiegel.de (9.8.2015), Zugriff: 6.3.2016.

- Feinstein, Andrew (2012): *Waffenhandel – Das globale Geschäft mit dem Tod*, Hamburg.
- Fink, Matthias (2003): *Saddams Rüstungslieferanten – Woher der Irak seine Waffentechnologie bezog*, Deutschlandfunk. URL: deutschlandfunk.de (19.1.2003), Zugriff: 22.2.2016.
- Flade, Florian (2009): *Taliban kämpfen mit modernen deutschen Waffen*. URL: welt.de (27.10.2009), Zugriff: 1.3.2016.
- Friederichs, Hauke (2014a): Nicht abgehoben. In: *Die Zeit*, Nr. 35, 21.8.2014.
- (2014b): *Die stumpfen Argumente der Waffenbauer*. URL: zeit.de (24.6.2014), Zugriff: 4.4.2016.
- (2015): *Flucht vor deutschen Waffen*. URL: zeit.de (1.10.2015), Zugriff: 13.12.2015.
- (2016): *Deutschlands gefährlichste Exporte*. URL: zeit.de (25.1.2016), Zugriff: 13.2.2016.
- Gebauer, Matthias (2015): *Deutsche Gewehre im Jemen: Bundesregierung gibt Lücke bei Waffenexport-Kontrolle zu*. URL: spiegel.de (12.6.2015), Zugriff: 2.3.2016.
- Grässlin, Jürgen (2013): *Der Scheinheilige*. URL: kontextwochenzeitung.de (11.9.2013), Zugriff: 3.4.2016.
- Hansen, Sven (2014): *Kriegsgerät außer Kontrolle*. URL: taz.de (29.7.2014), Zugriff: 1.3.2016.
- IG Metall Freudenstadt (2014): *Sicherheits- und Wehrtechnik – Meldung vom 22.9.2014*. URL: freudenstadt.igm.de, Zugriff: 5.4.2016.
- IG Metall Stuttgart (2014): *Resolution der Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart vom 20. September 2014*. URL: stuttgart.igm.de, Zugriff: 4.4.2016.
- Koelbl, Susanne (2005): Das Einmaleins der Diktatur. In: *Der Spiegel* Nr. 8: 112-115.
- Leyendecker, Hans (1991): Die Giftgaslieferungen an den Irak waren kein Zufall – Deutsche Waffenexporte in den Nahen Osten. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* H.42: 200-208.
- Lurz, Alexander (2007): „The force behind the forces“: seit über 40 Jahren produzieren die Pakistan Ordnance Factories das G3, BITS-Kleinwaffen Newsletter, Juli.
- MacFarquhar, Neil (2000): Hafez al-Assad, Who Turned Syria Into a Power in the Middle East, Dies at 69. In: *New York Times*, 10.6.2000.
- Meier, Oliver: *Chemiewaffen in Syrien – Wie sich die Bedrohung verringern lässt*, SWP-Aktuell 36, Juni.
- Nassauer, Otfried/Steinmetz, Christopher (2005): „Made in Germany“ inside: *Komponenten die vergessenen Rüstungsexporte*. Studie in Kooperation von BITS und Oxfam, Berlin.
- Neuhaus, Christina (2009): *Taliban kämpfen mit Waffen der US-Armee*. URL: welt.de (25.1.2009), Zugriff: 1.3.2016.
- NZZ (2003): *Saddam Hussein – jahrelang vom Westen aufgerüstet*. URL: nzz.ch (7.3.2003), Zugriff: 25.1.2016.
- Petkova, Marya (2016): Bulgarische Nahrung für den Krieg in Syrien. In: *Der Standard*, 16./17.1.2016.
- Politische Grundsätze (2000): *Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19.1.2000*. URL: bmwi.de, Zugriff: 16.2.2016.
- Regierungserklärung (2014): *Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel vor dem Bundestag*, 1.9.2014. URL: bundesregierung.de, Zugriff: 28.2.2016.
- Salzburger Nachrichten (2015): *Rücksichtsloser Waffenhandel unterstützt Grausamkeit des IS*. URL: salzburg.com (8.12.2015), Zugriff: 28.2.2016.
- Schneider, Wieland (2015): *Syrien – Ein Bürgerkrieg ohne Ausweg*. URL: diepresse.com (28.8.2015), Zugriff: 28.2.2016.
- Schwitzer, Reinhard (2016): Friedens- und Rüstungspolitik im Blick der Öffentlichkeit. In: *Memorandum 2016 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, Köln: 215-225.
- SIPRI (2016): *Trends in international arms transfers*. URL: sipri.org, Zugriff: 6.3.2016.
- Spiegel Online (2001): *Rüstungsexporte: Spitzenniveau unter Rot-Grün*. URL: spiegel.de (24.2.2001), Zugriff: 19.2.2016.

- (2015): *Chemiewaffen-Produktion in Syrien: Renommierete deutsche Firmen unter Verdacht*. URL: spiegel.de (24.1.2015), Zugriff: 5.3.2016.
- taz.de (2016): *Rüstungskontrolle ohne Transparenz*. URL: taz.de (19.2.2016), Zugriff: 20.2.2016.
- UNHCR (2015): *Weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht*. URL: unhcr.at, Zugriff: 6.3.2016.
- van Aken, Jan (2016): *Rüstungsexporte 2015*. URL: aufschrei-waffenhandel.de, Zugriff: 22.2.2016.
- Vasilescu, Valentin (2015): *Neue Drehscheibe zum Waffenschmuggel für die Djihadisten*, Voltaire Netzwerk. URL: voltaire.org, Zugriff: 5.3.2016.
- Vensky, Hellmuth (2009): *Der 30-jährige Krieg*. URL: zeit.de (24.12.2009), Zugriff: 29.2.2016.
- von Sponeck, Hans-Christoph (2001): Politisch wirkungslos und menschlich eine Katastrophe. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56(11): 1353-1363.
- VPR (1992): *Verteidigungspolitische Richtlinien*. URL: ag-friedensforschung.de, Zugriff: 4.4.2016.
- Welt Online (2015): „Wir müssen die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen“. URL: welt.de (25.9.2015), Zugriff: 15.2.2016.
- Wette, Wolfram (2008): *Militarismus in Deutschland – Geschichte einer kriegerischen Kultur*, Darmstadt.
- Zeit-Online (2013): *Deutschland lieferte bis 2011 Chemikalien nach Syrien*. URL: zeit.de (30.9.2013), Zugriff: 6.3.2016.
- (2016): *Hunderte Iraker kehren jeden Monat zurück*. URL: zeit.de (19.3.2016), Zugriff: 25.3.2016.

Freerk Huisken
Abgehauen
 eingelagert • aufgefischt • durchsortiert
 • abgewehrt • eingebaut – Neue deutsche Flüchtlingspolitik



144 Seiten | € 9,80
 ISBN 978-3-89965-692-3

Alexander Häusler,
 Fabian Virchow (Hrsg.)
Neue soziale Bewegung von rechts?
 Zukunftsängste
 Abstieg der Mitte
 Ressentiments



132 Seiten | € 11,00
 ISBN 978-3-89965-711-1

Klaus Busch
Das Versagen Europa
 Die Euro- und die Flüchtlingskrise
 sowie die »Brexit«-Diskussion



96 Seiten | € 9,80
 ISBN 978-3-89965-713-5

Der Sozialismus
 kommt ...



★ monatlich gedruckt
 ★ täglich im Netz

facebook.com
 Zeitschrift.Sozialismus
 twitter.com
 ZsSozialismus

Jetzt Probelesen!
 3 Hefte zum
 Kennenlern-Preis
 von 14,- Euro

www.sozialismus.de

www.vsa-verlag.de